

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 35.

Charlottenburg, Freitag, den 27. August 1920.

Jahrg. 47.

Unsere Finanznot.

Von Dr. R. Kuczynski

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die „Denkschrift über die finanzielle Lage des Reichs“, die der Finanzminister Wirth am 29. Juli dem Reichstag überreichte, enthält eine Fülle von Zahlen, die geeignet sind, mehr Licht in das Halbdunkel zu bringen, das seit sechs Jahren über den Reichsfinanzen schwebt, und manche irrige Vorstellung zu zerstreuen, die sich dank der unzulänglichen Berichterstattung seiner sechs Amtsvorgänger im deutschen Volke eingenistet hat. Vorbedingung dafür ist allerdings, daß diese Denkschrift unverzüglich den Tausenden, die sie ohne weitere Erläuterungen verstehen mögen, zu billigsten Preisen durch den Buchhandel zugänglich gemacht werde, und daß diese Tausende dann alles aufbieten, um den Millionen von Deutschen, die den Zahlen der Denkschrift hilflos gegenüberstehen, in unermüdlicher Aufklärungsarbeit die furchtbare Bedeutung dieser Zahlen einzuprägen. Finanzminister Wirth schließt seine Denkschrift mit den Worten: „Aus diesen Ziffern spricht eine gewaltige Mahnung an das deutsche Volk, den Ernst der Lage, in welcher wir uns befinden, voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch die praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reichs vermieden wird. Es dreht sich um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den papiernen Reichtum klammert, so wäre eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich; die Folgen einer solchen wären nicht auszu-denken.“ Das ist alles vortrefflich gesagt und durchaus richtig. Aber wenn „diese Ziffern“ in einer Reichstagsdenkschrift vergraben bleiben, wird das deutsche Volk die gewaltige Mahnung, die aus ihnen spricht, nicht hören. In unserer Regierung und in unserem Parlament sind zahlreiche Männer, die selberzeit in selbstloser Aufopferung und mühevoller Kleinarbeit für die Kriegsanleihen geworben und — zumeist in gutem Glauben — unsere finanzielle Lage als glänzend geschildert haben. Mögen sie jetzt wie damals von Ort zu Ort eilen und an der Hand der neuen Denkschrift dem deutschen Volke unsere Finanznot darlegen und den Teil des Volkes, der sich an den papiernen Reichtum klammert, und den sie in so großem Maße für die Zeichnung fünfprozentiger Kriegsanleihe gewonnen haben, für die soziale Steuerreform, die jetzt unaufschiebbar geworden ist, gewinnen. Und wenn gleichzeitig das Finanzministerium und die Reichsbank auch nur einen Bruchteil der Gelder, die sie für die Kriegsanleihepropaganda ausgegeben haben, für Flugschriften, Plakate und Inserate verwenden, die den Inhalt der neuen Denkschrift bis in das letzte Dorf verbreiten würden, so wäre damit wohl in der Tat die Stimmung im deutschen Volke erzeugt, die der Reichsfinanzminister herbeiführt und die die unerläßliche Vorbedingung für eine Gesundung der Reichsfinanzen ist.

Die Denkschrift Wirths beginnt mit der Feststellung, daß der Bedarf des Reichs an laufenden Einnahmen (nach dem Stande vom Ende April 1920) 25 Milliarden betrage. In seiner Denkschrift vom 5. August 1919 hatte Erzberger mit 17½ Milliarde gerechnet. Wirth begründet das Mehr von 7½ Milliarde mit der inzwischen gestiegenen Teuerung, der „gewaltigen Weitung der Aufgaben des Reichs infolge des Krieges und des harten Friedensabtrages“ und dem „Mangel hinreichender Einnahmequellen“. Diese Begründung ist nicht recht stichhaltig. Die „gewaltige Weitung der Aufgaben des Reichs infolge des Krieges und des harten Friedensabtrages“ war: — Finanzministerium am 5. August 1919 ebenso bekannt wie am 30. April 1920. Und was etwa an

neuen Momenten hinzugetreten sein sollte — wie die vielleicht von Erzberger damals nicht vorausgesehenen Maßnahmen zur Verbilligung der Lebensmittel — das belastet nicht die „laufenden“ Ausgaben, ist also in den 25 Milliarden nicht enthalten. Auch der „Mangel hinreichender Einnahmequellen“ war Erzberger am 5. August 1919 nicht verborgen, bildete vielmehr den Ausgangspunkt eben jener Denkschrift, in der er den künftigen laufenden Bedarf auf 17½ Milliarde bezifferte. Und selbst, wenn das Steuerprogramm, das er damals ankündigte, alsbald den finanziellen Erfolg gehabt hätte, den er in seinem unverwundlichen Optimismus erhoffte, so wären die Reichsschulden heute um keine 10 Milliarden geringer, und der laufende Bedarf wäre noch nicht um eine halbe Milliarde kleiner. So bleibt aus der Darlegung von Wirth als einziger stichhaltiger Grund für den jährlichen Mehrbedarf des Reichs von 7½ Milliarde die Zunahme der Teuerung. Aber selbst wenn man dies Moment noch so hoch veranschlagen will, so reicht es doch zur Erklärung nicht aus, da die Mehrausgaben für Post und Eisenbahnen in den 25 Milliarden nicht enthalten sind. Wenn Wirth die laufenden Ausgaben für die Reichsschuld nach dem Stande vom 30. April 1920 auf 12,4 Milliarden bemisst, während Erzberger am 5. August 1919 mit nur 10 Milliarden rechnete, so hat dies mit der zunehmenden Teuerung wenig zu tun. Das Mehr beruht zum großen Teil auf den neuen Verpflichtungen, die das Reich mit der Durchführung von Erzbergers Steuerprogramm und mit der Uebernahme der Eisenbahnen gegenüber den Ländern und Gemeinden eingegangen ist. Wenn Wirth die laufenden Ausgaben für das Reichsfinanzministerium im Hinblick auf die von Erzberger erkämpfte reichseigene Steuerverwaltung auf 855 Millionen Mark bemisst, während Erzberger nur mit einem kleinen Bruchteil dieser Summe rechnete, so darf man auch für dies Mißverhältnis nicht die Teuerung verantwortlich machen, denn die Mehrkosten infolge der Besoldungsreform sind in den 855 Millionen nicht enthalten. Ueberhaupt ist dieser ganze Versuch Wirths, die Schätzungen Erzbergers zu decken und das ungeheure Loch in der Bedarfsrechnung als vor Jahresfrist unvorhersehbar hinzustellen, von Grund aus verfehlt und wäre besser unterblieben.

Weit aufschlußreicher als die parteipolitisch gefärbte Einleitung ist der erste Hauptteil von Wirths Denkschrift, der „die Entwicklung der Reichsfinanzen von 1913 bis zur Gegenwart“ behandelt. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt sich da, wie verhängnisvoll die „Steuerscheu“ Helfferichs und seiner Amtsnachfolger für uns gewesen ist. Den Gesamtausgaben des Reichs für 1914 bis 1919 in Höhe von 232,6 Milliarden standen nur 29,6 Milliarden Gesamteinnahmen gegenüber. Die laufenden Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die sich im Jahre 1913 auf 1693 Millionen gestellt hatten, betrugen in den folgenden sechs Jahren: 1601, 1114, 1440, 2291, 3526, 6446 Millionen. Dazu kamen aus dem Wehrbeitrag 977 Millionen und aus sämtlichen Kriegsgewinnsteuern 8473 Millionen. Die Gesamteinnahmen aus Steuern und Zöllen beliefen sich somit für die sechs Jahre 1914 bis 1919 auf noch nicht 26 Milliarden. Unter Zugrundelegung der Einnahmen von 1913 wären (einschließlich Wehrbeitrag) reichlich 11 Milliarden zu erwarten gewesen. Das Mehr betrug also noch nicht 15 Milliarden. Das war der ganze Beitrag der Reichssteuern zu den Kosten der Krieg- und Uebergangszeit. Zum Vergleich sei nur darauf hingewiesen, daß der entsprechende Beitrag in England etwa dreimal so hoch war, und das in gutem Gelde!

Daß bei einer solchen Steuerpolitik die Reichsschulden viel mehr angewachsen mußten, als durch den Finanzbedarf an sich geboten war, liegt auf der Hand. Die Zahlen über die Entwicklung

der Reichsschulden verdienen daher besonderes Interesse. Leider sind sie nur mit Vorsicht zu verwenden. Schon ein flüchtiger Leser wird erkennen, daß die Tabelle über die fundierten Schulden (Seite 29) arge Rechenfehler enthält. Aber wie soll er sie berichtigen? Wollte er zum Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich greifen, so würde er auch dort (Jahrgang 1919, Seite 248) wieder auf falsche Zahlen stoßen. Er muß also schon die schwer zugänglichen älteren Anleihebendbroschüren zu Rate ziehen. Da wird er dann finden, daß die 4½prozentigen Schakanweisungen am 30. September 1917 nicht 630 Millionen, sondern 4039 Millionen ausmachten, die Summe der verzinslichen Schakanweisungen nicht 2869, sondern 6278 Millionen, die Gesamtsumme der fundierten Schulden nicht 58 644, sondern 62 053 Millionen. Er wird weiter finden, daß am 31. März 1918 die Summe der verzinslichen Schakanweisungen nicht 2865, sondern 7793 Millionen, die Gesamtsumme der fundierten Schulden nicht 66 986 Millionen, sondern 71 914 Millionen betrug. Der Bearbeiter der Denkschrift hätte diese Unstimmigkeiten sicherlich selbst entdeckt, wenn er die fundierten Schulden auch im Text behandelt hätte. Der Verzicht darauf ist um so bedauerlicher, als die Veränderungen in der Höhe der fundierten Schulden ohne Erläuterung schwer verständlich sind. Selbst der Sachkenner wird sich nicht leicht ein Bild davon machen können, inwieweit das Sinken dieser Schulden auf Tilgung, inwieweit auf die Hingabe bei Steuerzahlungen und beim Kauf von Staatsgut, inwieweit endlich auf die Aufnahme zwecks Kurzsicherung zurückzuführen ist. Hier sei nur noch erwähnt, daß die Tabelle ein Anwachsen von 5,0 Milliarden am 30. Juni 1914 auf 93,7 Milliarden am 31. Dezember 1918 nachweist (bei Ausbruch der Revolution dürften es mehr als 95 Milliarden gewesen sein); dann ergibt sich ein allmähliches Sinken bis auf 89,8 Milliarden am 31. Dezember 1919 und — infolge der Zahlungen auf die Sparprämienanleihe — ein Steigen auf 91,1 Milliarden am 31. März 1920. Inzwischen dürfte der Betrag wieder auf rund 90 Milliarden gesunken sein. Es sei dies hier auch deshalb hervorgehoben, weil Finanzminister Wirth in seiner Reichstagsrede vom 2. August noch — irrigerweise — mit 92 Milliarden gerechnet hat.

Dem kleinen Rückgang der fundierten Schulden in den letzten anderthalb Jahren steht eine gewaltige Vermehrung der schwebenden Schulden gegenüber. Die diskontierten Schakanweisungen stiegen von 55,1 Milliarden am 31. Dezember 1918 bis auf 86,2 Milliarden am 31. Dezember 1919 und weiter auf 91,5 Milliarden am 31. März 1920 und auf 113,1 Milliarden am 30. Juni 1920! Die ungeheure Zunahme im letzten Vierteljahr beruht zu einem kleinen Teile auf der Übernahme preussischer Schulden mit der Verreichlichung der Staatseisenbahnen, in der Hauptsache aber auf den Maßnahmen zur Verbilligung von Lebensmitteln, den Ausgaben für das Heer und den Zuschüssen bei den Betriebsverwaltungen. Zu den diskontierten Schakanweisungen gesellt sich als weitere schwebende Schuld eine Reihe von Zahlungsverpflichtungen, die das Reich insbesondere zugunsten seiner früheren Verbündeten eingegangen ist. Sie beliefen sich Anfang Juni 1920 auf 10,8 Milliarden. Die Gesamtschuld des Reiches (ohne die noch nicht erfüllten Verpflichtungen an Länder und Gemeinden) wird in der Denkschrift für den 30. Juni 1920 auf 215 Milliarden angegeben. Wenn Wirth in seiner Reichstagsrede vom 1. Juli mit nur 209 Milliarden rechnete, so scheint er damals über die diskontierten Schakanweisungen, für die er nur 107 statt 113 Milliarden ansetzte, falsch unterrichtet gewesen zu sein.

Der zweite Hauptteil von Wirths Denkschrift behandelt „die voraussichtliche Gestaltung des Reichshaushalts im Rechnungsjahr 1920“. Die Darlegungen sind außerordentlich lehrreich. Zu beanstanden ist nur, daß Wirth trotz der Kritik, die seine Steuerertragsschätzungen vom 27. April erhalten haben, an seinen viel zu hohen Ansätzen festhält. Wenn Erzberger den Ertrag des Reichsnotopfers auf 45 Milliarden geschätzt hat, so ist das doch kein hinreichender Grund, um diese Zahl immer wieder nachzubeten. Das Reichsnotopfer wird nicht mehr als 25 Milliarden bringen. Und deshalb sollte das Finanzministerium als Jahresertrag statt 2¼ Milliarden nur 1¼ Milliarden einsetzen. Die Einkommensteuer wird dem Reich nicht, wie Wirth hofft, 2,1 Milliarden bringen; das Reich wird, wenn es nicht auf Grund des § 56 des Landsteuergesetzes von Ländern und Gemeinden etwas herauszahlen muß, die Einkommensteuer wird dem Reich nicht 3,1 Milliarden bringen; es war stets eine Entlastung, brachte dem Reich 1919 nur 2,7 Milliarden und wird auch im laufenden Rechnungsjahr dem Reich nicht mehr als 2½ Milliarden abwerfen. Das Reichsnotopfer wird 1 Milliarde bringen können, glaubt heute doch kein Mensch mehr im Ernst. Auch sonst sind manche Ansätze in dem Haushaltsplan von Wirth viel zu hoch. Und trotzdem gelangt er nur zu einer Gesamteinnahme von 24,85 Milliarden bei einer Gesamtausgabe von 27,77 Milliarden im ordentlichen Haushalt und 27,5 Milliarden im außerordentlichen Haus-

halt (einschließlich Betriebsverwaltungen). Wie will er nun Fehlbetrag von reichlich 30 Milliarden (ich schätze ihn auf 40 Milliarden) decken? Die 27,6 Milliarden für den außerordentlichen Haushalt sollen „aus Anleihemitteln“, d. h. jedenfalls durch eine weitere Vermehrung der ohnehin erdrückenden schwebenden Schulden beschafft werden. Für die 2922 Millionen aber, Wirth im ordentlichen Haushalt fehlen, hat er einen Einnahmeposten „aus neuen Steuern“ eingesetzt. Auch Erzberger hatte Haushaltsplan von 1919 einen solchen Posten „aus neuen Steuern“, der sogar 9500 Millionen aufwies. Das war der Wirths-Anschlag. Die Steuereinnahme aber betrug, wie jetzt aus der Denkschrift Wirths hervorgeht, noch keine 95 Millionen! Und das hatte Erzberger vor einem Jahre ein ausgearbeitetes Steuerprogramm, das der Nationalversammlung schon größtenteils vorgelegt war, während Wirth von dem Inhalt seiner „neuen Steuern“ noch nichts hat verlauten lassen.

So ist denn die Denkschrift Wirths keine staatsmännische Leistung, vor allem schon deshalb nicht, weil sie keinen Nutzen aus unserer Finanznot zu zeigen vermag. Trotzdem möchte ich ihr nochmals weitest Verbreitung wünschen. Denn sie enthält eine Menge lehrreicher und bisher unbekannter Zahlen und bietet ein vorzügliches Mittelzeug für alle, die in einer Abkehr von unserer bisherigen unzulänglichen Steuerpolitik und in der schleunigen Durchführung einer großen einmaligen Vermögensabgabe den einzig möglichen Weg zu einer Gesundung der Reichsfinanzen erblicken.

Wirtschaftskrise — Lohnabbau!

In der Porzellanindustrie macht sich seit einigen Monaten eine Arbeitslosigkeit bemerkbar, der von vielen unserer Mitbürger zu wenig Beachtung geschenkt wird. Auch diese Arbeitslosigkeit ist eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsform. Die kapitalistische Wirtschaftsweise kennt nur eines und dies ist die Mehrung des Privateigentums ohne Rücksicht auf die Interessen des Staates und der Allgemeinheit. Sie kennt kein Anpassungsvermögen an die Bedarfswirtschaft, sondern, wo wir früher die zügellose Überproduktion und Ausnützung aller Produktionsmittel sahen, heute das Gegenteil zu verzeichnen. Früher trat durch Überproduktion Arbeitslosigkeit ein.

Heute ist Mangel an Produkten vorhanden und die Betriebe werden nicht voll ausgenützt, sondern man produziert mit geringen Arbeitsmitteln und erreicht dieselbe Gewinnquote der Friedfertigenleistung. Recht drastisch tritt dies bei der Porzellanindustrie in Erscheinung.

Solange der Dollarstand ein hoher war und der Markkurs niedrig, wurden unsere Porzellanbetriebe voll ausgenützt mit ihren Produktionsmitteln (Maschinen und Arbeitskräften).

Als aber der Dollar unter den Stand von 50 fiel, trat mit einem Schlage Arbeitslosigkeit in unserer Industrie ein.

Das kam daher, weil unsere Porzellanindustrie ihre Warenpreise auf der Leipziger Frühjahrsmesse auf den Dollarkurs eingestellt hatte.

Als nun der Dollarkurs fiel und der Markkurs stieg, war der Preis des Porzellans weit über den Weltmarktpreis gestiegen und die Kunden des Auslandes nahmen Abbestellungen vor in erheblichem Maße.

Für das Inland war der Preis für die Rundschaft derselbe wie für das Ausland. Der Preis des Porzellans hatte auch hier eine Höhe erreicht, daß es die Allgemeinheit nicht mehr kaufen konnte.

Ein deforiertes neunteiliges Kaffeeservice, welches früher mit 2—3 M. abgegeben wurde, kostet heute 60—70, ja auch 100 M. je nach der Qualität des Porzellans, aber nur mit der einfachen Deforierung.

Da muß der einfache Mann, der nicht zu den Kriegsgewinnlern und Schiebern zählt, mit seinem zerbrochenen und geklitterten Geschirr vorliebnehmen.

Die Nachfrage nach Ware ist beim Konsumenten vorhanden und absehen könnte man, wenn nur nicht die hohen und ungerade fertigten Preise wären.

Daß letzteres zutrifft, zeigt uns die 15- bis 30fache Steigerung des Porzellanpreises.

Die Rohprodukte, die bei der Herstellung des Porzellans verwendet werden, sind um das 4- bis 5fache gestiegen. Doch sind die teuren Rohprodukte bei der Herstellung des Porzellans hat zum großen Teile ausgeschaltet bis auf geringe Zusätze, was recht fühlbar wurde bei der Qualität des Porzellans.

Verbilligung der Produktion, Niederhaltung der Löhne, 1/10 des Verkaufswertes und hohe Verkaufspreise haben der Porzellanindustrie Kapitalgewinne gebracht, die sich neben anderen Kriegsgewinnen usw. wohl sehen lassen können.

So erzielen folgende Aktiengesellschaften an Dividenden:

Porzellanfabrik Kahla A.-G.: Reingewinn 4152 096 M., 25 Proz., Unkostenkonto 5 388 229 M., Abschreibungen gemacht 939 546 M., Ueberweisungen an Techn. Verb.-Konto 1 000 000 M. Kapitalserhöhung erfolgte von 5 auf 9 Millionen.

Porzellan-A.-G. Schönwald in Schönwald: Reingewinn 357 564 M., Abschreibungen 245 843 M., besondere Abschreibungen 73 721 M. Der Kurs der Aktien dieser Firma stand zur Friedenszeit in Höhe von 85. Es zeigt sich hier offensichtlich bei dieser Firma eine wunderbare Gesundung.

Porzellanfabrik Mitterteich A.-G.: Reingewinn 89 544 M., Abschreibungen 48 059 M., Dividende 6 Proz. und 6 Proz. Bonus. Diese Firma hat höchstens zu $\frac{1}{2}$ ihre Arbeitszeit ausnützen können wegen ständigen Kohlenmangel. Auch mußte sich diese Firma vollständig neu auf dem Markte einführen.

Porzellanfabrik Bauscher, A.-G., Weiden: Reingewinn 858 279 M., Abschreibungen 369 526 M., rückständige Verf. usw. 150 000 M. Auch hier konnte wegen Kohlenmangel der Betrieb nicht voll ausgenutzt werden.

Porzellanfabrik Tettau A.-G.: Reingewinn 150 000 M., 10 Proz., Abschreibungen 244 000 M., Reservefonds 30 000 M., Unkostenkonto 535 397 M.

Porzellanfabrik Rosenthal A.-G.: Reingewinn 1196 560 M., 30 Proz., Abschreibungen 2 243 876 M., Unkostenkonto 12 431 703 M. Im letzteren Konto sind Cantlemen, Wohlfahrtsgelder und Steuern mitenthalten. Wir fragen höflichst an: Was noch?

Angesichts dieser Gewinne in der Porzellan- und Steingutindustrie hat sich eine Gründungswut bemerkbar gemacht, und überall schießen größere und kleinere Betriebe wie Pilze aus der Erde.

Da nun durch Festhalten an den Verkaufspreisen in der Porzellan- und Steingutindustrie der Weltmarktpreis überschritten war und der Auslandskundschaft noch der Valutaaufschlag des Reiches von 10 Proz. auferlegt war, so verlangten stürmisch die Unternehmer die Heruntersetzung dieser Abgabe und das Reich ließ sich breitschlagen und reduzierte die Abgabe von 10 auf 3 Proz.

Es ist eben nicht möglich, die Unternehmer zum Abbau der Preise zu zwingen. Würde dies das Reich tun, so würde sofort eine Besserung der Wirtschaftslage in der Porzellanindustrie Platz greifen und Tausende von den jetzt arbeitslosen und zeitlich arbeitslosen Porzellanarbeitern Beschäftigung erhalten.

Doch da man die Unternehmer nicht zwingen kann zum Preisabbau, so macht man alle Institutionen mobil, um die Unternehmer beim Lohnabbau zu unterstützen.

Der Lohn hat auf den Verkaufspreis selbst nur geringe Einwirkung, wie selbst ein Unternehmervertreter der Porzellanindustrie bei Lohnverhandlungen zugab. 20 Proz. Lohnabzug bedeute nur höchstens 2 Proz. Abbau des Verkaufspreises, so lautete die Erklärung.

Aber weiterhin wird das Märchen der hohen Löhne auch von den Porzellanindustriellen in die Welt hinausposaunt. Ja, die Porzellanfabrik Kahla erklärte einst, den Betrieb einstellen zu müssen, wenn man die Löhne der weiblichen Arbeiter erhöht. Ja, wenn man die Aktiengewinne dieser Firma verfolgt, so ist dies ein gar fröhliches Sterben bei 4 Millionen.

Nun, warum trifft man wohl diese Maßnahmen des Festhaltens an den Verkaufspreisen und des Entlassens der Arbeiter? Doch nur, um die arbeitslosen Porzellanarbeiter willfähriger und zum Lohnabbau geneigter zu machen. Die Organisation der Arbeiter ist dem Unternehmertum zu stark geworden und nun sind alle Mittel recht, um die Arbeiter durch Hunger zu zwingen, ihrer Organisation untreu zu werden. Erklärte man doch schon bei Lohnverhandlungen, daß es Arbeiter und Betriebsräte in den Porzellanbetrieben gebe, welche auf Lohnerhöhungen gern verzichten, wenn sie nur voll arbeiten können.

Daß solche Erklärungen kommen, ist nicht verwunderlich, wenn diese Leute mit unglaublichen Mitteln bearbeitet werden, indem man ihnen wohl alle Abbestellungen vorlegte, aber nicht die noch laufenden Postellungen und die frisch eingelaufenen. Erst dann hätten sich die Betriebsräte ein Urteil bilden können über die Lage auf dem Wirtschaftsmarkte.

Ich glaube, durch meinen Artikel einen Wink den Betriebsräten gegeben zu haben, wie sie den Unternehmern entgegentreten können.

Für uns gilt es jetzt, Aufklärung im Sinne dieses Artikels unter unseren Mitgliedern zu schaffen, und sollte sich die Lebenslage der Porzellanarbeiter durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft verschlechtern, so glauben wir mit unseren Hinweisen auch die Öffentlichkeit zu überzeugen zu haben, daß die Arbeiter in der Porzellanindustrie eine unabweisbare Forderung stellen, die die Industrie wohl in der Lage ist, bewilligen zu können. Der Antrag

der Unternehmer auf Lohnabbau hat starke Erregung unter die Porzellanarbeiterschaft gebracht, und wir warnen die Unternehmer, noch mehr Zündstoff unter die Massen zu werfen in der Art der kleinlichen Behandlung der Tariffragen. Nur großzügige Auslegung derselben kann wieder mehr Vertrauen unter die Arbeiterschaft der Porzellanindustrie bringen.

Angesichts der Betriebsgewinne können die Porzellanindustriellen sehr wohl noch in der Lohnfrage Zugeständnisse machen.

Nur ihre verkehrte Preispolitik und ihre Scharfmachermannieren in einzelnen Kreisen lassen es nicht zu, daß Ruhe und Frieden, sowie volle Beschäftigung des Betriebes in unserem Verufe einzieht.

Nicht nur der Porzellanarbeiterschaft, sondern auch der Volkswirtschaft wird durch die verkehrten volkswirtschaftlichen Maßnahmen der Porzellanindustriellen Schaden zugefügt. Es ist höchste Zeit, daß man umlernt und Maßnahmen trifft, die allen Arbeitern in der Porzellanindustrie Beschäftigung geben und dazu beitragen, unsere Volkswirtschaft wieder gesund zu machen.

So aber werden nur die Kapitalkreise in der Porzellanindustrie gestärkt, aber nur auf Kosten der Allgemeinheit und der Not der Porzellanarbeiterschaft.

S. W.

Mögen sie kommen, wir sind bereit!

Lehren vom Rapp-Butsch.

Der Kampf, den die Arbeiterschaft Deutschlands gegen die Militärputschisten im März zu führen hatte, wird vielleicht nicht der letzte gewesen sein, vielleicht kommt der nächste früher, als mancher denkt. Es ist darum die höchste Zeit, aus den Erfahrungen des verfloßenen März zu lernen.

Dem Rapp-Butsch gegenüber hat sich der Generalstreik als eine überlegene Waffe erwiesen. Darum darf aber nicht der Schluß gefolgert werden, daß es ein anderes Mal wieder genau so gemacht werden müßte. Wir wissen ja noch nicht, wie es der Feind anstellen wird, nach seinem Verhalten müssen wir uns einrichten. Die Situation kann sich dann anders gestalten als im März, und Fehler, die damals zu ertragen waren, könnten jetzt verhängnisvoll werden.

Erstens: Wir dürfen nicht blindlings in jedem Offizier und in jedem Uniformträger einen Feind vermuten. Allerdings Feind ist nicht nur derjenige, der meutert, sondern auch derjenige, der dabei als Soldat mit den Händen in den Hosentaschen zusieht. Truppen der Reichswehr oder der Sicherheitspolizei aber, die bereit sind, die Verteidigung der Republik zu übernehmen, sind Bundesgenossen und müssen als solche behandelt und geachtet werden.

Zweitens: Die allgemeine Arbeitseinstellung ist gegebenenfalls das richtige, aber noch immer kein ideales Kampfmittel. Die ideale Methode ist, die Arbeitsniederlegung so zu handhaben, daß die Aktion des Gegners sofort erdroffelt, die eigene aber unterstützt wird. Eine Arbeitseinstellung an verkehrter Stelle kann geradezu eine ungewollte Unterstützung des Feindes bedeuten. Nirgends aber darf die Abwehraktion in der eigenen Schlinge erwürgt werden, welche Gefahr im März durch den allgemein und restlos proklamierten Buchdruckerstreik drohte. Was die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in einem solchen Kampf bedeutet, braucht nicht erst interpretiert zu werden. Es darf nicht wieder geschehen, daß diejenigen, die den Krieg in der Presse gegen den Gegner aufnehmen wollen, von den Buchdrucker-Genossen die Hände gebunden werden. Dasselbe gilt auch für andere Arbeiterkategorien. Es muß, soweit möglich, der Grundsatz durchgeführt werden, jede Arbeit zu verweigern, die dem Feind nützen könnte.

Der Kampf muß einheitlich und ohne Schwanken geführt werden als ein Kampf zum Sieg für die bestehende republikanisch-demokratische Reichsverfassung. Es darf nicht wieder geschehen, daß Parteigenossenschaften die Diktatur als Ziel proklamieren. Auch in der Hitze des Kampfes müssen wir über die nächsten drei Tage hinausdenken und die Folgen erwägen, die sich aus einer politisch falschen Führung der Massen ergeben müssen. Der erdrückende Erfolg des letzten Generalstreiks war uns nur deshalb möglich, weil er mit einer Geschlossenheit durchgeführt wurde, die in der Geschichte des deutschen Proletariats ohne Beispiel ist. Wir müssen offen eingestehen, daß es nicht nur die Arbeiterschaft war, die den Sieg errang, sondern daß die Beteiligung der Beamenschaft und die Sympathie eines großen Teiles des Bürgertums wesentlich zum Gelingen mitbeitrug. Eine solche Geschlossenheit ist aber nur möglich, wo ein klares, allen gemeinsames Ziel vorhanden ist. Jedes andere Ziel eint nicht, sondern spaltet, wirkt nicht auflärend, sondern verwirrend. Sprengung der gemeinsamen Kampfesfront kann aber den Sieg des Gegners bedeuten, den die Unabhängigen und selbst die Kommunisten nicht wollen können, der aber nur von bezahlten Spitzeln der Gegen-

revolutionäre gefördert werden kann. Wir wissen nicht, wie lang die Zeit ist, die uns der Gegner läßt, jedenfalls muß sie bis zum letzten ausgenutzt werden, um der Eingung willen. In die Reihen der bewaffneten Uniformträger muß Aufklärung getragen werden, die man niemals als untaugliche Objekte betrachten darf.

Man darf auch nicht — um es nochmals zu sagen — in jedem Offizier einen Verräter sehen. Vernünftige und anständige Menschen in Uniform müssen selbst einsehen, welchen Schaden die Rapp-Bittwit ihrem Stande bereitet haben und daß sie diesen Stand nur wieder zu Ansehen bringen können durch Erfüllung ihres gegebenen Wortes und strengste Hochhaltung übernommener Pflichten. Ein Oberst, wie der Herr Oberst von Ledebour, der nach seinem eigenen Wort bereit ist, zwischen 8 und 9 alle Eide zu brechen, die er in der Stunde vorher geleistet hat, ist ein Schädling des Offizierkorps. Wir hassen nicht die Offiziere und nicht die Reichswehr; wir hassen nur den Verrat, den Eidbruch, die Zweideutigkeit, die Feigheit. Offizierkorps und Truppen, die sich von diesen inneren Feinden befreien, werden auch keine Feinde mehr in der gesamten Arbeiterschaft haben.

Wenn wir in diesem Sinn entschlossen sind, den Proletariatsfeind auf jede Weise zu schädigen, nicht aber uns selbst durch unklare Parolen spalten zu lassen, und wenn in den Massen dieselbe Eingabe und Kampfesfreude noch lebendig ist, wie in den wahrhaft glorreichen Märztagen 1920, dann können wir getrost sagen: „Mögen sie kommen, wir sind bereit!“

Wenzel Hubner, Schirnding.

Das Existenzminimum im Juli 1920.

Von Dr. R. Ruczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Der Juli brachte eine weitere Verbilligung von Kleidern und Wäsche. Auch einzelne ausländische Nahrungsmittel, wie Reis, gingen im Preise zurück. Andererseits verteuerte der Mangel an Kartoffeln die Lebenshaltung. Dazu kam der Steuerabzug vom Lohne. Infolgedessen sind die Kosten des Existenzminimums, die im Juni bedeutend gesunken waren, im Juli wiederum gestiegen. Von den rationierten Nahrungsmitteln kosteten in Groß-Berlin Zucker und Milch 9mal soviel wie vor dem Kriege, Brot 10mal soviel, Butter 14mal soviel, Margarine 17mal soviel, Schmalz 31mal soviel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den fünf Wochen vom 28. Juni bis 1. August wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Juli 1920	Preis Juli 1914
10250 g Brot	2428	253
1825 „ Nahrungsmittel	901	87
125 „ Reis	145	6
125 „ Haferkaffee	450	30
6500 „ Kartoffeln	530	69
1250 „ Fleisch	2562	213
100 „ Butter	375	26
460 „ Margarine	1294	74
430 „ Schmalz	1720	56
125 „ Salz	310	17
850 „ Zucker	340	37
500 „ Marmelade	450	30
	11505	898

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 115,05 M. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 8,98 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 10 600 Kalorien, d. h. noch nicht soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin bei äußerster Einschränkung auf 23 M. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa $7 \times 2400 = 16800$ Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von $16800 - 10600 = 6200$ Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich noch 3 Pfund Kartoffeln für 3 M., $1\frac{1}{2}$ Pfund Graupen für 3 M., 1 Pfund weiße Bohnen für 2,50 M. und $\frac{1}{2}$ Pfund Margarine für 5,75 M. verschaffte. Ihr wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel hätte also 37 M. gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa $7 \times 3000 = 21000$ Kalorien. Die 21000 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, kann er sich am besten in Form von 1 Pfund Reis für 6 M., $\frac{1}{2}$ Pfund Margarine für 5,75 M., 10 Pfund Gemüse für 7 M. und 2 Pfund Obst für 3 M. verschaffen. Sein wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel würde also etwa 55 M. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 138 M. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Berechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stuben und Küche, für Heizung 1 Zentner Prellholz und für

Beleuchtung 3 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedürfnis für Wohnung 9 M., für Heizung 16,10 M., für Beleuchtung 6 M. Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen Mann 33 M., Frau 22 M., Kind 11 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man, da der Steuerabzug vom Lohn nunmehr in Kraft getreten ist, einen Zuschlag von $\frac{1}{2}$ (bisher $\frac{1}{4}$) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Juli 1920 in Groß-Berlin:

	Mann M.	Ghepaar M.	Ghepaar mit 2 Kindern M.
Ernährung	55	92	138
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	33	55	77
Sonstiges	40	59	82
	159	237	328

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 39 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 55 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8 Mark, für das kinderlose Ehepaar 12 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 100 M.

Vom Juli 1914 bis zum Juli 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,65 M. auf 159 M., d. h. auf das 9,5fache, ein kinderloses Ehepaar von 22,20 M. auf 237 M., d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 M. auf 328 M., d. h. auf das 11,4fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 9 bis 10 Pf. wert. (Im Juni war die Mark 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

Aufruf

zum Ersten Kongreß der Betriebsräte Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuß und der provisorische Beirat der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat in seiner Sitzung vom 11. August einstimmig beschlossen, Vertreter der Betriebsräte zu einem

Kongreß der Betriebsräte Deutschlands

zum 5. und 6. Oktober d. J. nach Berlin, Neue Welt, Hasenheide zusammenzuberufen.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. (Referent: Genosse Bissell.)
2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung. (Ref.: Genosse Dr. Hilferding.)
3. Die Aufgaben der Betriebsräte. (Referenten: Dittman und Rörpel.)
4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte. (Referent: Genosse Bröckel.)

Die Wahl der Delegierten, die Betriebsräte sein müssen, muß mindestens ein Jahr einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder der ihm angeschlossenen Organisation als Mitglied angehören, erfolgt ausschließlich durch die Betriebsräte. Bei der technischen Durchführung der Wahl sind die einzelnen Gewerkschaften betraut worden.

Arbeiter! Angestellte! Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte!

Der Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit nimmt täglich schärfere Formen an. Unter dem Druck einer fürchterlichen Arbeitslosigkeit werden Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit und damit zu grenzenlosem Elend verdammt. Ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl werden die Betriebe unter nichtigen Vorwänden stillgelegt. Der Einfluß der Betriebe durch Unternehmer gestellt sich die Sabotage der schwer erkämpften, bescheidenen, durch das Betriebsrätegesetz geschaffenen Rechte der Arbeiter und Angestellten hinzu. In diesen Gründen ist eine berechtigte Erregung in sämtlichen Arbeitnehmerschichten eingetreten und der Drang nach Einfluß und Kontrolle auf die gesamte Produktion macht sich immer mehr geltend.

Dieser Einfluß kann nur gesichert werden, wenn eine einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte vorhanden ist, die ebenso geschlossen die Gewerkschaften stehen. Diese organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte und die Regelung

ihres Tätigkeitsgebiets nach einheitlichen Richtlinien wird durch den Kongreß herbeigeführt werden. Dieser hat deswegen nicht nur vorübergehende Bedeutung, sondern wird durch Vereinigung der Betriebsräte zu einheitlichem Wirken die Macht und den Einfluß der Arbeitervertretung in den Betrieben dauernd sichern.

Der geschäftsführende Ausschuß:

gez. Graßmann, Brunner, Dismann, Brodat,
H. D. G. B.

gez. Aufhäuser, Rillingen, Rörpel, Afa.

Der provisorische Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale:
Belzig (Metallindustrie), Leipzig. Behr (Bergbau), Dortmund. Baumeister (Graph. Gewerbe), Dresden. Geyer (Afa, Bergbau), Gelsenkirchen. Lange (Lebens- und Genussmittel), Hamburg. Mannshardt (Baugewerbe), Hamburg. Hammer (Holzindustrie), Stuttgart. Sillemann (Afa, Metallindustrie), Düsseldorf. Muth (Afa, Sozialversicherung), Magdeburg. Karl Müller (Landwirtschaft), Strohborn i. Pomern. Friedr. Müller (Leberindustrie), Nürnberg. Maß (Afa, Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe), Hamburg. Mette (Afa, freier Beruf), Hamburg. van Niesen (Staatliche und kommunale Behörden), Hamburg. Roth (Chem. Industrie), Höchst a. Main. Seifert (Verkehr), Hamburg.

Das Oberschiedsamt.

Streitfall Nr. 13.

Sachverhalt: Unsere Mitglieder in Grünstadt und Neuleiningen hatten für beide Orte die Versehung von Ortsklasse 2b in 2a beantragt. Das Gauschiedsamt für West- und Süddeutschland lehnte diese Anträge in seiner Sitzung vom 10. Mai d. J. ab, und unsere Kollegen riefen deshalb das Oberschiedsamt an.

Schiedspruch zu Nr. 13.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Regierungsrat Furbach; Arbeitnehmer: Wülbensburg, Verbandssekretär Karl.

Der Schiedspruch des Gauschiedsamts wird aufgehoben und es werden die Orte Grünstadt und Neuleiningen in die Ortsklasse 2a versetzt mit Wirkung vom heutigen Tage ab.

Begründung: Die beiden Plätze liegen, wie die Verhandlung ergeben hat und dem Oberschiedsamt auch im übrigen bekannt ist, in einer Gegend, die zweifellos eine erhebliche Teuerung aufweist, besonders wegen der stark vertretenen Industrie und der immerhin nicht allzu großen Entfernung von Mannheim und Ludwigshafen, die erfahrungsgemäß verteuern auch auf diese Entfernung hin auf die notwendigen Lebensmittel einwirken. Die Versehung in Ortsklasse 2a erscheint demnach gerechtfertigt.

Streitfall Nr. 14.

Sachverhalt: Das Gauschiedsamt für Bayern hat in seiner Sitzung am 5. Mai Schwarzenbach a. d. Saale von Ortsklasse 2b nach 2a versetzt. Gegen diesen Spruch erhob die Firma Oskar Schaller & Co. Einspruch.

Schiedspruch zu Nr. 14.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Fabrikbesitzer Winterling, Herr Regierungsrat Furbach; Arbeitnehmer: Herr Seidel, Verbandssekretär Karl.

Der Schiedspruch des Gauschiedsamts wird aufgehoben und dahin erkannt, daß der Ort Schwarzenbach a. d. Saale in Ortsklasse 2b zu verbleiben hat.

Begründung: Das Oberschiedsamt hat nach Aufklärung des Sachverhaltes die Ansicht erlangt, daß Schwarzenbach derartig inmitten einer ganz überwiegend ländlichen Bevölkerung liegt, daß die Lebenshaltung eine Versehung aus der bisherigen Ortsklasse 2b nach Ortsklasse 2a nicht rechtfertigen würde.

Streitfall Nr. 15.

Sachverhalt: Die Firma Porzellanfabrik Fraureuth A. G. weigerte sich, die mit den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen vom Dezember 1918, Mai 1919 und Juni 1919 durchzuführen, und unsere Mitglieder traten deshalb im Dezember 1919 in Streit. Dieser wurde durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses und durch eine Vereinbarung, die bei einer unter dem Vorsitz des Demobilisierungskommissars stattgefundenen Sitzung (19. November 1919) aus Anlaß unseres Antrages auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches getroffen wurde, beigelegt. Nach dieser Vereinbarung war die Firma u. a. auch verpflichtet, die Abfindung aller aus den genannten Vereinbarungen der Arbeiterchaft zustehenden Ansprüche an die Beschäftigten bis 31. Jahre 200 Mk., von 18—21 Jahren 350 Mk. und über 21 Jahre 500 Mk., mindestens jedoch einen Gesamtbetrag von 150 000 Mk. zu zahlen. Ein etwaige Auszahlung dieser vorstehend angeführten Einzelbeträge sich ergebender Ueberschuß sollte dem A-

beiterausschuß zur freien Verfügung bleiben. Es verblieb tatsächlich auch ein Ueberschuß von rund 33 700 Mk. (die im folgenden Schiedspruch angeführte Summe von 35 000 Mk. ist also etwas zu hoch). Dieser Betrag wurde vom Arbeiterausschuß nach bestem Ermessen den am Streik Beteiligten zugeführt. Als nun die Wirtschaftsbeihilfe für das Jahr 1919 durch Schiedspruch (Januar 1920 in Nürnberg) festgelegt war, weigerte sich die Firma, diese auszuzahlen, bezw. wollte sie den Ueberschußbetrag darauf in Anrechnung bringen. Das Gauschiedsamt Thüringen hatte sich in seiner Sitzung am 8. Juni auf unseren Antrag hin mit dieser Gelegenheit zu beschäftigen und entschied wie folgt: „Die Wirtschaftsbeihilfe ist zu zahlen. Eine Anrechnung des Ueberschusses aus der durch Ziffer 7 der Vereinbarung vom 9. November 1919 festgelegten Summe von 150 000 Mk. kann nach dem klaren Wortlaut dieser Vereinbarung nicht stattfinden.“ Gegen diesen Schiedspruch legte die Firma beim Oberschiedsamt Berufung ein.

Schiedspruch zu Nr. 15.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Dir. Schneeweiß, Herr Regierungsrat Furbach; Arbeitnehmer: Harßch, Verbandssekretär Karl.

Der angefochtene Spruch des Gauschiedsamtes wird bestätigt und die Firma demgemäß für verpflichtet erklärt, die Wirtschaftsbeihilfe nach dem Nürnberger Schiedspruch vom 13. Januar 1920 bis zum 31. Juli 1920 zu zahlen, ohne daß sie das Recht hat, auf diese Beträge den seinerzeit verbliebenen Rest aus den 150 000 Mark von etwa 35 000 Mk. in Anrechnung zu bringen. Der Zinsanspruch wird abgewiesen.

Begründung: Zunächst ist klar, daß die Firma die Wirtschaftsbeihilfe zu entrichten hat, da sie im Zeitpunkt des Nürnberger Schiedspruches Mitglied des Verbandes war und zumal dieser abgestellt ist auf die am 1. Januar 1920 noch im Betriebe befindliche Arbeiterschaft. Diese Verpflichtung ist auch von der Firma nicht bestritten. Eine Anrechnung des Restes, der sich aus den 150 000 Mk. Lohnabfindung vom 19. November 1919 noch ergeben hat, und den sie nach ihrem eigenen Zugeständnis zur freien Verfügung des Arbeiterausschusses überlassen hat, ist ausgeschlossen. Denn es kann dahingestellt bleiben, zu welchem Zweck sie sich diese freie Verfügung gedacht hat, da jedenfalls an der klaren Abfassung, daß dieser Betrag frei zur Verfügung des Arbeiterausschusses steht, nicht nachträglich geändert und gerüttelt werden kann.

Was die verlangten Zinsen anlangt, so ist dieser Anspruch ungerechtfertigt. Denn ein kalendermäßiger Auszahlungstermin ist nicht bestimmt, und nur im Falle eines solchen würden ohne Inverzugsetzung nach den Vorschriften des Bürgerlichen Rechtes Verzugszinsen in Frage kommen können. Eine Inverzugsetzung hat aber nicht stattgefunden.

Streitfall Nr. 16.

Sachverhalt: Das Gauschiedsamt Bayern entschied in seiner Sitzung vom 12. 3. d. J., daß der Ort Lirschenreuth von Ortsklasse 2b nach Ortsklasse 2a zu versetzen sei. Gegen diesen Spruch erhob die Firma Porzellanfabrik Lirschenreuth Einspruch.

Schiedspruch zu Nr. 16.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Dir. Schlupphat, Herr Regierungsrat Furbach; Arbeitnehmer: Herr Bleher, Verbandssekretär Karl.

Der Spruch des Gauschiedsamtes wird aufgehoben und dahin erkannt, daß der Ort Lirschenreuth in die Ortsklasse 2b gehört.

Begründung: Für Lirschenreuth sind nach dem Ergebnis der Verhandlung überwiegend ländliche Verhältnisse maßgebend, so daß eine Erhöhung aus der Ortsklasse 2b nach 2a sich nicht rechtfertigen würde.

Streitfall Nr. 17.

Sachverhalt: Unsere Kollegen beantragten die Versehung des Ortes Rößlau in Ortsklasse 2a. Dieser Antrag wurde vom Gauschiedsamt Bayern in der Sitzung am 12. März abgelehnt, weshalb das Oberschiedsamt angerufen wurde.

Schiedspruch zu Nr. 17.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Fabrikbes. Winterling, Herr Regierungsrat Furbach; Arbeitnehmer: Verbandssekretär Karl.

Der Spruch des Gauschiedsamtes wird bestätigt und demgemäß dahin anerkannt, daß der Ort Rößlau in Ortsklasse 2b zu verbleiben hat.

Begründung: Für Rößlau sind nach dem Ergebnis der Verhandlung überwiegend ländliche Verhältnisse maßgebend, so daß eine Erhöhung aus der Ortsklasse 2b in 2a sich nicht rechtfertigen würde.

Es steht auch damit in Einklang, daß die an demselben Platz ansässige Industrie aus der Metallwarenbranche eine Ortsklasseneinteilung hat, die der Ortsklasse 2b des Reichstarifvertrages für die Porzellanarbeiter entsprechen würde.

Aus unserem Berufe.

Düsseldorf. Kollegen der Porzellan- und Figurenbranche, die gewillt sind, in Düsseldorf in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich erst bei der Verwaltung zu erkundigen.

Die Verwaltung.

Vermischtes.

Die Ausgestaltung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Neuerdings sind zwei wichtige Veränderungen auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorgenommen worden: eine Erhöhung der Renten, die am 1. Juli 1920 in Kraft trat, und eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge, die mit dem 1. August 1920 eingetreten ist. Beide Maßnahmen haben den Zweck, die Versicherungseinrichtungen weiter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der fortschreitenden Geldentwertung, anzupassen. Kann man doch mit Recht behaupten, daß beispielsweise die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung am länglichsten sind und schon in Friedenszeiten nicht entfernt zur Bestreitung des Lebensunterhalts eines Rentenempfängers hinreichen. Geschweige denn jetzt!

Mit der Erhöhung der Zulagen ist eine Beschränkung des Kreises der empfangsberechtigten Personen verknüpft worden. Die Zulagen erhalten nämlich nicht Rentenempfänger, die auch auf Grund der Militärversorgungsgesetze eine Rente für Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel oder eine Hinterbliebenenrente beziehen. Weiter wird sie nicht Ausländern gezahlt, die sich im Ausland aufhalten, und ebenfalls nicht Gemeinden, Armenverbänden usw., welche die Renten im Wege des Erbschaftsprüfungs erhalten. Die Zulagen bilden einen Teil der „Gemeinlast“ der Invalidenversicherung, das heißt, sie werden von allen Versicherungsanstalten aus dem gemeinsamen Vermögen getragen. Das nähere regelt das Reichsversicherungsamt. — Es waren bei der Reichsregierung Anträge auf eine viel weitergehende Erhöhung der Renten — auch von den Versicherungsanstalten selbst — eingegangen, doch sind sie leider mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse abgelehnt worden.

Die Beitragserhöhung machte sich notwendig, weil die Versicherungsträger infolge der durch die Kriegswirkungen eingetretenen großen Rentenvermehrung ungeheure Lasten zu tragen haben. Im Jahre 1919 mußten die meisten Versicherungsanstalten aus ihren Vermögensbeständen erhebliche Zuschüsse zu den laufenden Ausgaben machen. Würde hier nicht eingegriffen, so würden viele Versicherungsanstalten dem Bankrott entgegengehen. Große Aufwendungen bringen vor allem die stark vermehrten Krankenrenten (für die Kriegsbeschädigten), die zahlreichen Waisenrenten usw. Die Versicherungsanstalten ersuchten in einer Eingabe um eine Vermehrung der Lohnstufen. Sind doch gegenwärtig in der Invalidenversicherung nur fünf Lohnklassen vorhanden, die höchste umfaßt alle Arbeitsverdienste mit mehr als 1150 M. jährlich. Die Anfügung weiterer Klassen mit entsprechend gestaffelten Beiträgen würde eine große Mehreinnahme bringen. Das hat die Reichsgesetzgebung zunächst nicht getan, weil eine solche Gesetzesänderung viel Vorarbeiten erfordert und auch sonstige Maßnahmen zur Folge gehabt hätte. Man hat deshalb die Lohnklassen wie bisher belassen und nur die bisher üblichen Beiträge erhöht.

Diese sollen vom 1. August an betragen: in der I. Lohnklasse 90 Pf. (bisher 18 Pf.), in der II. Klasse 100 Pf. (zuletzt 26 Pf.), in der III. Klasse 110 Pf. (bisher 34 Pf.), in der IV. Klasse 120 Pf. (seither 42 Pf.) und in der V. Klasse 140 Pf. (bisher 50 Pf.). Die Erhöhung in den unteren Klassen ist größer als in den oberen. Das ist allerdings etwas unsozial, doch ist zur Entschädigung vorzubringen, daß die neu eingeführten Teuerungszulagen in allen Lohnklassen gleich hoch sind. Da die Teuerungszulagen etwa zwei Drittel der Gesamrente ausmachen, ist eine große Annäherung der Rentenhöhe in den einzelnen Lohnklassen eingetreten, die auch eine größere Gleichmäßigkeit der Beiträge rechtfertigt. Damit wird auch der große Uebelstand, daß ein sehr erheblicher Teil der Versicherten zu Unrecht in zu niedrigen Klassen versichert ist, etwas gemildert.

Durch die Erhöhung der Beiträge wird die Beitragseinnahme, die im Jahre 1919 rund 280 Millionen Mark betrug, auf etwa den dreifachen Betrag, also auf etwa 850 Millionen Mark, gehoben. Das sieht zwar so aus, als wäre es zuviel, auf Grund der versicherungsmathematischen Berechnungen reicht die Mehreinnahme aber gerade hin, die augenblicklichen Ausgaben zu decken. Eine weitere Aufbesserung der Renten müßte auch eine weitere Steigerung der Beiträge zur Folge haben. — Für die Zeit nach dem 1. August 1920 dürfen Marken in den bisherigen Werten nicht mehr verwendet werden. Ungültig gewordene Marken können binnen zwei Jahren nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer bei den Marken-

verkaufsstellen (Postämtern) gegen gültige Marken im gleichen Geldwert umgetauscht werden. — Es bleibt nur zu hoffen, daß der Reichstag bald erneut der Frage annimmt und eine durchgreifende Reform der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vornimmt.

Soziales Los und Mutterfreude. Dr. Siegel hat 1000 Frauen in der geburtshilflich-poliklinischen Sprechstunde in Freiburg über ihre Stellungnahme zu dem zu erwartenden Kinde gesprochen. Die Freude ist bei den verheirateten wie bei den nicht verheirateten Frauen kurz vor der Geburt am größten, im Anfang der Schwangerschaft am geringsten. Mit der zunehmenden Schwangerschaftsdauer steigt die Freude, nehmen Gleichgültigkeit und Abneigung ab. In den ersten vier Monaten sind darum besonders die ledigen Frauen, so schreibt Siegel im „Archiv für Frauenkunde“, sehr ungünstig gestellt. Die sozialen Verhältnisse, die infolge körperlicher Beschwerden stärker empfunden werden, vermindern das natürliche Mutterschaftsgefühl in jeder Weise, auch bei den verheirateten Proletarierinnen. So geht die Wirkung der kapitalistischen Lebens selbst an den allernatürlichsten, edelsten und heiligsten Gefühlen nicht spurlos vorüber. Erst eine neue Lebensordnung ermöglicht ein volles, reines Glück des Mutterschaftsgefühls.

Versammlungsberichte.

Elmshorn. Unsere am 14. August stattgefundene Zahlstellenversammlung wies den üblichen sehr mäßigen Besuch der stets bekannten Gesichter auf. Nach Erstattung der Abrechnung vom Vorjahre, welches mit 378 M. Nettoeinnahme abschließt, gab der Vorsitzende das beschämende Ergebnis der Abstimmung bekannt. Kam 55 Proz. der Mitglieder sind ihrer Pflicht nachgekommen, und davon stimmten 49 mit „Ja“, 60 mit „Nein“ (!!) und 2 Stimmen waren ungültig. Wie ein solches Ergebnis in einer Industriestadt zustande kommen kann, ist geradezu unglaublich, obwohl es an Aufklärung in den Versammlungen und in der „Ameise“ gewiß nicht gefehlt hat. Es ist somit nur anzunehmen, daß der Wert der Organisation nicht erkannt ist oder das Verbandsorgan nicht gelesen wird. Das Grundübel ist aber wohl sicher die Versammlungsschwänzerei und die damit zusammenhängende Unwissenheit. Dieselben Leute schimpfen aber dann wie die Rohrspähen, wenn der Hauptvorstand die berechtigten Lohnforderungen usw. nicht wunschgemäß durchdrücken kann, weil die Mitglieder die so notwendigen erhöhten Beiträge verweigern, um einen Kampffonds bilden zu können. Zum letzten Male sei den Säuglingen ans Herz gelegt, ihre Indifferenz abzulegen, denn unter solchen Verhältnissen muß ja der größte Optimist verzweifeln, und es wäre einmal möglich, daß die bisher immer tätigen Gewerkschaftsmitglieder einmal die Flinte ins Korn werfen, wovon dann alle Schaden haben — während sich die Unternehmer ins Häuschen lachen.

Kollegen, unterstützt den Betriebsrat und die Verwaltung moralisch durch den Besuch der Versammlungen usw., damit den Unternehmern gezeigt wird, daß alle hinter ihnen stehen. Weiter wurde antragsgemäß beschlossen, sich dem 1. Bezirk der Agitationskommission anzuschließen.

Kahla. Berichte, Mitteilungen, veranschaulichtes und Verschiedenes lauteten die Tagesordnungspunkte der am 11. August stattgefundenen Zahlstellenversammlung. Zu Punkt 1 berichtete Genosse Franz Dietrich über eine in Glauchau stattgefundene Konferenz der Betriebsräte sämtlicher Betriebe der Firma A. G., Kahla. Alle möglichen, nicht nur die Betriebe genannter Firma interessierende Fragen standen auf dieser Tagung zur Verhandlung, sondern auch solche, welche Allgemeininteresse beanspruchen können, zum Beispiel der Steuerabzug. Genosse Dietrich konnte auch berichten, daß Kollegen aus einem Schwesterbetriebe gelegentlich der Aussprache über Fragen, welche das Arbeitsverhältnis der Kollegen in den Betrieben der Firma berührten, erklären mußten, daß die Kahlaer Kollegen ein gutes Stück voraus seien, und daß sich diese Kollegen über die Kahlaer Verhältnisse getäuscht hätten, was von der Versammlung mit Beifall zur Kenntnis genommen wird. Der Bericht wird ohne Aussprache entgegengenommen.

Den Bericht über die am 28. Juli stattgefundene Sitzung des Ortsausschusses der Gewerkschaften erstattete der Vorsitzende. Aus diesem Berichte ist zu ersehen, daß die Tagesordnung der letzten Ortsausschusssitzung eine ebenso umfangreiche wie wichtige war, und daß gewerkschaftliche Fragen verschiedenster Art dort behandelt wurden. Anschließend an diesen Bericht gibt der Vorsitzende des Ortsausschusses, Genosse Kehler, noch bekannt, daß das Gewerkschaftsfest am Sonntag, den 22. August, in der herkömmlichen Weise gefeiert werden soll. Der Bericht wird ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis genommen. Zum 2. Punkt teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß er sich als notwendig erwiesen habe, in dem Betriebe „Neu Gredel“ einen Unterkassierer an Stelle des bisherigen, und in der „Wieselmühle“ im Brennhause, sowie im Betriebe E. A. Lehmann & Sohn für die Hofarbeiter je einen Unterkassierer neu zu verpflichten, und zwar im erstgenannten Betriebe den Kollegen Junold, im nächsten Kollegen Friedr. Kraft und im letztgenannten den Kollegen Hermann Köhler. Diese Genannten sind berechtigt, Beiträge zu kassieren, und somit allen Verbandsmitgliedern in den genannten Betrieben zur Kenntnis gebracht wird.

Sodann wird mitgeteilt, daß die „Peramiße Rundschau“ wieder wie früher bestellt wird und im Rosengarten anliegen. Ferner wird mitgeteilt, daß sich 699 Mitglieder der Zahlstelle an der Abstimmung über den Vorstandsantrag, Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungssätze betreffend, beteiligten, und zwar stimmten 626 mit „Ja“, 58 mit „Nein“ und 5 gaben weiße Zettel ab. In der „Ameise“ unter dem Kennwort: „Aus eigener Kraft“ lehnt die Versammlung ab, zu unterstützen, mit der Begründung, daß es zu tief steht, um so leicht wieder vergessen zu werden, was sich

Leipziger Gewerkschaften geleistet haben an Terror gegen alte erprobte Gewerkschaftskämpfer, die jahrzehntelang in vorderster Reihe kämpften. Jetzt werden die Gewerkschaften zur Hilfeleistung aufgefordert und bei der terroristischen Maßregelung alter Gewerkschaftsgegner spielt die politische Anschauung eine Rolle.

Unter Gewerkschaftlichem wird vorgetragen, daß in letzter Zeit Anschuldigungen gegen den Verband in die Welt gesetzt werden seitens verschiedener Mitglieder, deren Wiederholung in der Öffentlichkeit das Anstandsgefühl verbietet. Auch nicht selten wird mit Abmahnung gedroht. Der Vorsitzende nennt solches Verhalten bei dem richtigen Namen und erklärt, daß in Fällen, wo diese Drohung aus Böswilligkeit ausgeführt werden sollte, die gesamte Kollegenschaft des betreffenden Betriebes gegen so ein Vorgehen die Stellung einnehmen wird, die notwendig ist, um solchen Kollegen zu Gemüte zu führen, daß die Zeiten von ehedem vorüber sind. Die es angeht, mögen sich dies zur Warnung dienen lassen.

Ueber Freimachung von Arbeitsstellen für arbeitslose Ernährer macht der Vorsitzende längere Ausführungen und spricht er die Erwartung aus, daß die Kolleginnen, welche eventuell zu entlassen sind, um erwerbslosen Ernährern usw. Erwerbsmöglichkeit und dadurch die Möglichkeit zu geben, ihre Familie zu ernähren, die Maßnahmen des Arbeitsnachweises als aus Ursachen der Not geboren erkennen und anerkennen werden, und daß in solchen Fällen nicht etwa ein Stachel zurückbleibt.

Die letzten Tarifverhandlungen in Leipzig standen ebenfalls zur Aussprache und wurde betont, daß bei diesen Verhandlungen (wie schon so oft) wieder zutage getreten sei, wie wenig Verständnis die Unternehmer für die Nöte der Arbeiter, denen sie doch eigentlich Dank schulden, haben, was ganz besonders auf die Unternehmer in unserem Berufe zutrifft. Denn während Unternehmer anderer Berufe viel früher wesentlich höhere Löhne zahlten, sind die Porzellanarbeiter diejenigen, welche zuletzt Aufbesserungen erzielten und deren Einkommen im allgemeinen bescheiden genannt werden mußte, obgleich die Verkaufspreise der Porzellanerzeugnisse als enorm hohe zu bezeichnen sind und die Gewinne der Unternehmer reichlich ausfallen. So waren sie aber, die Unternehmer, und sind sie noch, und so werden sie wahrscheinlich auch bleiben. Die Ursachen der Verarmung ganz bestimmt erkannt, drücken sie über die Wirkung derselben, soweit Arbeiter in Frage kommen, am liebsten beide Augen zu und haben nur Sinn und Verständnis für ihre persönlichen und Selbstsicherheitsinteressen. Die Arbeiter mögen hungern und wie die Vögelchen zerlumpt herumlaufen mit ihren Familien. Und was brauchen die Arbeiter in ihrem Heim Ersatz für alle möglichen durch den Gebrauch unbrauchbar gewordene Gegenstände? Wenn nur sie, die Unternehmer, haben, was nicht direkt notwendig ist, sondern was darüber hinaus zu erhöhter Verschönerung ihres Heims und zur besonderen persönlichen Bequemlichkeit dient. Unternehmmergeist! Wann wird dieser Zustand beseitigt sein? Die Antwort hierauf müssen sich die Arbeiter selber geben, sie dürfte nicht schwer fallen! Dann müßten aber Maßnahmen, wie von solchen oben die Rede ist, gegen die Organisation, die, je fester und je geschlossener sie ist, die Zustände ändern kann, unterbleiben und dann müßten aber auch „Proteste“, wie solche teilweise in der „Ameise“ veröffentlicht werden und die ihre Spitze gegen den „schlappen“ Verhandlungsstand und gegen die Teilnehmer aus den Zahlstellen an den Tarifverhandlungen unterbleiben, weil sie auf der einen Seite dem Unternehmertum zeigen, daß es noch immer an der richtigen Wertschätzung der Arbeiter für die Gewerkschaft mangelt und die Unternehmer noch leichtes Spiel haben und auf der anderen Seite untergraben solche Maßnahmen und „Proteste“ das Ansehen und die Arbeitsfreude der Männer des Vertrauens, was wiederum schädlich für die Arbeiterinteressen wirkt. Also, mehr Vertrauen in eure selbstgewählten Führer und mehr Zuversicht in die Kraft der Organisation! Und dann frisch vorwärts in geschlossener Phalanx! Dann werden wir uns von jeglichem Zwang-Url befreien, damit wird auch uns ein Lichtstrahl in die Zukunft weisen, in jene Zukunft, in der unser Dasein geachtet sein wird von der Solidarität aller Volksgenossen, die aber erst entstehen muß!

Zum Schluß wurde der Verwaltung aufgetragen, den Beschluß einer früheren Zahlstellenversammlung, einen Ortsbeamten für die Zahlstelle anzustellen, zur Durchführung zu bringen. Das sei so mehr notwendig, weil die Zahlstelle gegenwärtig über 1200 Mitglieder zählt. Vom Vorsitzenden wurde erklärt, daß dem Rechnung getragen werden soll.

Mit der Bekanntgabe verschiedener Versammlungen und mit der Aufforderung, vollzählig in diesen Versammlungen zu erscheinen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Reichmannsdorf. Die am 10. August im „Reininger Hof“ stattgefundene Versammlung erfreute sich eines guten Besuches, doch gibt es noch viele Mitglieder, die überhaupt noch in keiner Versammlung gesehen wurden. Der anwesende Lokalbeamte, Kollege Erdmann, gibt zunächst bekannt, daß bei der Abstimmung betreffs Beitragsserhöhung in unserem Bezirk im ganzen nur 21 Stimmen dagegen waren, so daß wir mit dem Resultat voll zufrieden sein können.

Kollege Erdmann erstattete sodann den Geschäftsbericht für Monat Juni, welcher beifällig aufgenommen wurde. Weiter nahm die Versammlung Stellung zur Arbeitsordnung. Man hält es für richtig, wenn der Hauptvorstand eine solche mit dem Unternehmerverband gemeinsam abschließen würde, die, wie der Reichsttarif, für alle Betriebe Geltung hätte. (Der Betriebsrat können ja besondere Bestimmungen noch einbringen werden. D. B.) Weiter wurde Kenntnis genommen von den Lohnverhandlungen in Leipzig vom 9. Juli. Die Versammelten weisen mit großer Entrüstung das Vorhaben der Unternehmer zurück. Die Arbeitgeber verlangen den Abbau der Arbeitslöhne in einer Zeit, wo die Lebenshaltung eine viel teurere ist, wie bei dem letzten Lohnabkommen. Dazu kommt noch der 10prozentige Steuerabzug, erhöhte Krankenunterstützung usw., so daß die Arbeiter fast viel mehr Not leiden muß wie vordem. Wir fordern zuerst einmal Abbau der Preise sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel, und nur im geringsten an eine Herabsetzung der Löhne gedacht werden kann. Weiter fordern wir den Hauptvorstand auf, bei den nächsten Tarifverhandlungen mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß wir in

eine höhere Lohnklasse versetzt werden, da wir in unserem Thüringer Walde genau so teuer bzw. noch teurer leben wie anderwärts. Von einer Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel ist hier überhaupt noch nichts zu spüren. Gleichzeitig verlangt die Versammlung, bei den nächsten Lohnverhandlungen einen Vertreter aus unserem Bezirk hinzuzuziehen, was das letzte Mal nicht geschehen ist.

Selb. Die Zahlstellenversammlung vom 18. August ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der 4 verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Sodann bewillkommnete der Vorsitzende die Genossen, die anlässlich der Abwehr des Rapp-Buttsches den Dank der bayerischen Regierung in Form von Gefängnisstrafen ernteten und sich nun wieder durch die Amnestie der „bayerischen Freiheit“ erfreuen können. Die Abrechnung pro 2. Quartal 1920 drückt sich in folgenden Zahlen aus: Einnahmen in der Verbandskasse 88 768,41 Mk., Ausgaben 67 856,96 Mk., Bestand 20 911,45 Mk. Lokalfonds: 18 432,28 Mk. Einnahmen, 13 253,93 Mk. Ausgaben, Bestand 5178,35 Mk. Mitglieder zählt die Zahlstelle 3381, davon 1775 männliche und 1606 weibliche. Es konnte seitens des Genossen Bohner konstatiert werden, daß nennenswerte Reste nicht vorhanden sind. — Sodann erstattete Kollege Freina, der an den letzten Verhandlungen in Leipzig als Vertreter der hiesigen Zahlstelle teilgenommen hat, Bericht. Eine lebhafteste Diskussion schloß sich daran, desgleichen wurden 2 Resolutionen eingebracht, wovon durch Abstimmung nachstehende Annahme fand:

„Die Porzellanarbeiter von Selb nahmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorhaben, das die Unternehmer bei den Verhandlungen am 9. Juli in Leipzig zum Ausdruck brachten. In einer Zeit, in der die Löhne noch lange nicht ausreichend sind, um das zum Leben Notwendige zu beschaffen, sprechen die Unternehmer von einem Lohnabbau.

Die Arbeiterschaft, welche alle Werte erzeugt, soll also noch mehr hungern, noch weiter in Lumpen gehen, in elenden Baracken wohnen — sie soll keinen Anspruch haben auf ihre Erzeugnisse, während die „Herren“, die Nichtstuer, in Willen wohnen und in Bädern ein üppiges Leben führen. Damit nicht genug, sollen die Arbeiter auch noch die Lasten des Krieges tragen, sie, die am meisten geblutet haben, obwohl sie doch nichts zu verteidigen hatten, während die Kriegsgewinnler, die Kapitalisten die Riesensummen einsackten, die sie zum Teil vor der Besteuerung in Sicherheit gebracht haben. Sie wagen es noch, dem Arbeiter gegenüber sich als Wohltäter aufzuspielen, und Arbeitervertreter bringen es fertig, sich mit diesen vor Beginn der Verhandlungen die Hände zu schütteln. Wann endlich wird diesen Arbeiter-Vertretern die Erkenntnis kommen, daß es keine Verständigung geben kann zwischen Unterdrückern und Unterdrückten? Von unseren Vertretern, die doch in keiner Weise von dem Unternehmertum abhängig sind, verlangen wir ein klassenbewusstes Auftreten, ein Klassenbewusstsein, das man uns Arbeitern immer abspricht — kein Ruhhandeln, kein Kompromisseln, keine Arbeitsgemeinschaft mit unserem Todfeind, dem Kapital.“

Welch sonderbaren Standpunkt gewisse Arbeiter-Vertreter einnehmen, zeigt ein Artikel in Nr. 30 der „Ameise“ über die Lohnverhandlungen am 9. Juli, in dem es wörtlich heißt:

„An eine Herabsetzung der Löhne kann erst dann gedacht werden, wenn das Existenzminimum unter den jetzigen Löhnen steht.“ Also, wenn wir über das Existenzminimum verdienen — d. h. über das Wenigste, was wir zum Leben brauchen — können die Löhne herabgesetzt werden; als ob die Arbeiterschaft mit dem Wenigsten zufrieden wäre. Die Werte-Schaffenden haben in allererster Linie Anspruch darauf, menschenwürdig zu leben. Zudem merkt man ja auch noch nichts von einer Verbilligung der Lebenshaltung — die Kartoffel- und Brotpreise sind gestiegen — eine Erhöhung der Kohlenpreise steht in Aussicht. Die Mietsteigerung, der Steuerabzug usw., all das macht nicht nur den Lohnabbau hinfällig, sondern bedingt naturnotwendig eine Lohnerhöhung. Aber auch damit ist dem Arbeitern nicht gedient. Sämtliche Lohnerhöhungen ändern an der Tatsache nichts, daß eben der Arbeiter immer noch ausgebeutet ist und wird. Eine endgültige Erlösung aus aller Not und allem Elend kann nur der Sozialismus — Kommunismus sein. Man entfernt sich aber immer mehr von diesem eigentlichen Ziel und verlegt sich aufs Verhandeln mit den Machthabern und was ist die Folge davon? Die immer mehr um sich greifende Verelendung der Massen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus ist allein die Arbeiterklasse berufen — nur sie hat ein Interesse an der Beseitigung der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein — um mit Marx zu reden. Das Widersinnige der kapitalistischen Profitwirtschaft kommt gerade heute so richtig zum Ausdruck; während es der Arbeiterschaft an allem fehlt, schließen die Unternehmer die Betriebe. Die Folge davon ist wiederum vermehrte Arbeitslosigkeit, Sinken der Kaufkraft und dadurch völlige Stilllegung der Produktion.

Die Aufgabe der Arbeiterschaft ist es nun, die Sabotage der Unternehmer zu verhindern — die Betriebe selbst in die Hand zu nehmen — d. h. an Stelle der heutigen kapitalistischen Profitwirtschaft die sozialistische Bedarfswirtschaft zu setzen.

Alle Macht den Räten.

Anmerkung der Schriftleitung: Etwas weniger Rabulistik und etwas mehr Sachlichkeit wäre für den Wert der Resolution vorteilhafter gewesen.

Zelbw. In unserer ordentlichen Zahlstellenversammlung am 4. d. M. wurde u. a. hauptsächlich die Lohnfrage besprochen. Wir unterhielten uns eingehend über sämtliche Lebensfragen und alle sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß an einem „Lohnabbau“ seitens der Unternehmer“ noch lange nicht gedacht werden kann. Die Anschaffungspreise für Kleidung sind im allgemeinen immer noch dieselben. Wenn einige Artikel in der Ernährungsfrage ein wenig gefallen sind, so ist die Hauptnahrung „Kartoffel“ um das 5- bis 6fache gestiegen. Wenn nicht an einen allgemeinen Abbau der sämtlichen Lebensmittelpreise gedacht wird, kann sich die Arbeiterschaft einen Abbau der Löhne auf keinen Fall gefallen lassen.

Nachstehende Resolution, welche einstimmig von der Versammlung abgefaßt wurde, zeigt, wie die Porzellanarbeiterschaft Zeltow zum Lohnabbau denkt:

„Die Zahlstelle Zeltow nahm in ihrer am 4. August 1920 abgehaltenen Versammlung von der am 9. Juli 1920 stattgefundenen Lohnüberhandlung Kenntnis, beurteilt das Verhalten des Unternehmerverbandes bezüglich Lohnabbau und protestiert gegen die Beibehaltung des bisherigen Lohnabkommens.

Da von einem Sinken der Lebensmittelpreise noch nichts zu merken ist und an Anschaffung von Kleidungsstücken erst gar nicht gedacht werden kann, fordert die hiesige Zahlstelle den Hauptvorstand auf, bei der kommenden Lohnüberhandlung eine 25prozentige Lohnerhöhung zu verlangen. Bei Verneinung seitens der Unternehmer-schaft muß diese die Konsequenzen ziehen, denn die Folge für die Arbeiterschaft kann dann nur ein „vertragsloser“ Zustand sein.“

Zur Beachtung für die Zahlstellentaffierer!

Die Zahlkarte für die Arbeitslorenzählung pro August ist am Sonnabend, den 28. August, auszufüllen und spätestens bis zum 3. September einzusenden.

Das Verbandsbureau.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Amberg. Sonntag, 5. September, vormittags 10 Uhr, „Auf der Alm“.

Berlin-Charlottenburg. Figurenbranche. Sitzung am 1. September, nachmittags 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Gräfenhal. Montag, den 6. September, abends 8½ Uhr, im Schießhaus.

Rehan. Dienstag, 7. September, abends 1½ 8 Uhr, im Schützenhaus.

Schleusingen. Montag, den 6. September, abends 5 Uhr, im Schießhaus.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Max Weigelt gingen nachträglich folgende Beiträge ein: Zahlstelle Annaburg 10,—; Burgau 10,—; Hermisdorf 20,—; Rakhütte 20,—; Königszell 10,—; Marktrebmitz 20,—; Mengersgereuth 15,—; Moschütz 10,—; Staffel 20,—; Schorn-dorf 10,—; Schlierbach 20,—; Unterweißbach 30,—; Ungenannt 5,—; Markt. Summa: 200,— Mk. Bereits quittiert 430,— Mk. Summa: 630,— Mk. Allen Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Zahlstelle Scheibe. J. A.; Kassierer Oskar Wanderer.

Schmiedeberg i. R. Sonntag, den 29. August: Gemeinshafter Spaziergang der Zahlstelle nach Haselbach. Treffpunkt mittags 12½ Uhr, Viktoriahöhe. Die Verwaltung.

Storbetitel.

Coburg. Carl Böcker, Brennhausarbeiter, geboren am 25. August 1870, gestorben am 26. Juli an Herzschlag. Mitglied seit Januar d. J.

Erfurter. Karl Rumpel, Maler, geboren am 11. September 1898, gestorben am 13. August an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1907.

Gräfenhal. Adolf Riefewetter, Brenner, seit 1915 Invalide, geboren am 30. September 1848, gestorben am 9. August an Altersschwäche. Mitglied seit 1906.

Hermisdorf. Otto Reijer, Brenner, geboren am 23. Juli 1867 zu Kleinaga, gestorben am 16. August an Kehlkopfleid. Mitglied seit 1918.

— Emil Rolle, Schlamm, geboren am 11. April 1861 zu Roda (S.-A.), gestorben am 15. August an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

Schlierbach. Willy Dantrich, Maler, geboren am 20. April 1884, gestorben am 9. August an den Folgen eines im Kriege erhaltenen Kopfschusses. Mitglied seit 1919.

Zelt. Johann Köhler, Dreher, geboren am 27. September 1877 zu Eberkhan, gestorben am 12. August an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1909.

Zittowitz. Martha Rother, Fäbcrin, geboren am 14. Juni 1873 in Breslau, gestorben am 10. August an der Ruhr. Mitglied seit 1919.

— Hermann Eigenwillig, Modellabgießer, geboren am 31. Januar 1870 zu Wilhelmsternort, gestorben am 12. August an der Ruhr. Mitglied seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbr.: Wenn kein tarifiertes Anbert beiliegt, werden nicht weiter befragt.

Hipszieher und Fuher

auf sofort gesucht.

H. Carl, Figurenfabrik, Rassel.

Für eine Thüringer Steingutfabrik wird für Tisch- und Küchengarnituren ein tüchtiger Schablonen-hersteller gesucht, der gleichzeitig in der Malerei praktisch tätig sein kann.

Offerten mit Bedingungen unter H. P. an die Redaktion der „Ameise“.

Porzellanmaler, Unterlasur, 32 Jahre alt, Stellung als Obermaler in einer Fabrik, die gewillt ist, ein Glasurmalerei einzurichten. Suchender hat gegenwärtig den eines Mustermalers inne und verfügt über Kenntnisse in allen kommenden Arbeiten. Proben stehen auf Verlangen zur Verfügung. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter A. B. 1.

Maler, unverb., sucht Stellung auf Hand, Band, S-fage, Stempel in Gold und Farbe oder Export in Büf-deforen und allen in der Malerei vorkommenden Arbeiten, tuel auch als Fondsprüher. Offerten unter G. B. an die daktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, zuverlässiger, durchaus selbständig arbeitender, Einsetzen erfahrener Porzellanbrenner, der auch mit Händen und golden vertraut ist, von Porzellanbrennerei in Leipzig per in Dauerstellung gesucht.

Gustav Giersch Nachf., Leipzig-Gohlis, Schleibitzerstr.

Galanteriemaler, gelernter Porzellanmaler, firm in schaften, Blumen und Schrift, Musterelementen, sucht Stellung Blechwarenfabriken, Reiseandenkenartikel usw. — Eintritt sofort. gebote an die Redaktion der „Ameise“ unter „A. S.“.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lapp-Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen einen Versuch und Sie werden m. in Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Emil Böhme & Gisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sa-Altetstes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen bei Zimenau, Th.

Segeltuchschuhe mit Ledersohle und Zwickeln, billigster Fab-arbeiter Schuh! Hauspantoffel — Turnschuhe — Leinwand Schuhe, schied in weiß, grau und schwarz, weiße Kinderschuhe kaufen Sie bill bei A. Meyer, Weißwasser, D.-L., Schuhversand.

— Verlangen Sie Preisliste. —

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler, auch nach Zeichn-oder Muster, liefert

Paul Materne, Schönwald, Oberfranken.

Sie staunen über mein Sonderangebot von reinen Qualit-Zigarren weit unterm Kleinverkaufspreis zu 60, 65, 75, 80, 86, 92, 97, 102, 108 120 Pf. Versand von 50 Stück Nordh. Kautabak 10 R. od. Rn. 17,50 Mk. portofrei.

(Kein Einzelverkauf.)

Universal-Versand, Hermisdorf, S.-A., 16.

Offertiere hierdurch

Zymocca-Levantiner Schwämme

zu 4, 8, 13, 18, 24 und 35 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenne-Druckerei; Garnierungsschwämme von 1 bis 10 Mk. pro Stück. diese Zwecke auch geeignete Reeschwämme, das Kilo 120 bis 200 St-enthaltend, 250 Mk. pro Kilo. Große weiche Hardheadschwämme Steingutfabriken, das Kilo 55 Stück enthaltend, 350 Mk. pro Kilo. Gro-prima „Elephantenohren“, das Kilo 500,— bis 650,— Mk. Abg-einzelter Schwämme als Muster oder Ansichtsendungen lehne höflich Mit großen Fabrikleitungen eventuell besondere Vereinbarungen.

H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlauerstr.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Begr.
1896.

Beste
Bedien.

Freihei
kauft

Seitert, Zwickau i. S., Osterwischstr. 32

Richtigstellung.

Im Inserat der Firma H. Michelsohn, Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 42, muß es heißen: Elephantenohren, Kilo 500,— bis 650,— Mk., nicht 5,— bis 6,50 Mk.

Verband d. Porzellan- u. verm. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerle, Charlottenburg, Wallstr. 22